



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 7. Mai 2020

Aus der Sondersession
Kurzbericht

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 4. Mai war es endlich so weit: Sieben Wochen nach dem vorzeitigen Abbruch der Frühlings-session startete unsere ausserordentliche Session auf dem Messegelände der Bernexpo. Seit Mitte März hatte der Bundesrat viele Entscheide von grosser Tragweite ohne Parlament gestützt auf seine Notverordnungs-kompetenz gemäss [Art. 185 Abs. 3 der Bundesverfassung](#) und [Art. 7 des Epidemieggesetzes](#) gefällt. Es war an der Zeit, dass sich das Parlament wieder einschaltete, um über die Nachtragskredite zur Abfederung der Auswirkung der Corona-Pandemie zu befinden, um über Kurskorrekturen u.a. bezüglich Kitas, Geschäftsmieten und gastgewerblichem Stillstand zu debattieren und um das weitere Vorgehen in der Krise festzulegen. Die ausserordentliche Session, die drei Tage dauerte, war ausschliesslich der Corona-Pandemie gewidmet.

Im Vorfeld der Session waren die hohen Mehrausgaben für die Session ausserhalb des Bundeshauses von rund 3,7 Millionen Franken kritisiert worden. Da im Bundeshaus die Hygiene- und Verhaltensvorschriften des BAG niemals hätten eingehalten werden können, brauchte es einen alternativen Standort, der innert kürzester Zeit zu einem Parlamentsgebäude, das die Abstandsvorgaben erfüllt, umfunktioniert werden konnte. Dass ein geeigneter Standort gefunden werden konnte, ist sehr gut. Ich bin überzeugt, dass sich die finanzielle Investition in unsere Demokratie lohnt!

Krisen verdeutlichen und verschärfen soziale Ungerechtigkeiten. Und so reiste ich Anfang Mai mit der grossen Mission nach Bern, mich einerseits für die Unterstützung der Menschen einzusetzen, die von der Corona-Krise am härtesten getroffen worden sind, und andererseits eine gerechte Verteilung der Lasten der Pandemie zu erwirken. Wie das gelungen ist, können Sie meinem Kurzbericht zur Session entnehmen.



Nachdenklich stimmt mich, dass die Durchführung der ausserordentlichen Session Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die zu den Risikogruppen gehören, unter Druck setzte. Als Risikogruppen sind sie aufgerufen, zu Hause zu bleiben, gleichzeitig wollen sie ihre Verantwortung als Volksvertreter/innen wahrnehmen. Glücklicherweise wurde ein spezieller Raum für diese Personen eingerichtet. In den nächsten Wochen und Monaten werden auch viele Arbeitnehmende, die zu den Risikogruppen gehören, zunehmend unter Druck geraten. Aus gesundheitlichen Gründen sollen Risikogruppen daheim sein, solange es keinen Impfstoff gibt. Doch wovon sollen sie leben? Und was bedeutet das für ihren Arbeitsplatz? Und wie sollen sich Angehörige von Menschen aus Risikogruppen verhalten, müssen auch sie weiter Kontakte ausser Haus wenn immer möglich vermeiden?

Der Weg zurück in die Normalität wird nicht einfach sein, denn das Coronavirus verschwindet nicht einfach und die Gefahr einer zweiten Welle ist da. Auch die Wissenschaft kann keine klaren Antworten auf die vielen Fragen geben, wie die [Analysepapiere](#) der wissenschaftlichen Beratungsgruppe des Bundes zeigen. Das Parlament war in der Sondersession mehr denn je gefordert, die gemeinsame Lösungsfindung über die Parteiinteressen zu stellen.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



07.05.2020

Aus dem Nationalrat

Kurzbericht zur Sondersession

Corona-Kredite: Am ersten Tag der ausserordentlichen Session genehmigte der Nationalrat Kredite im Umfang von rund 57 Millionen Franken. Er folgte dabei den Anträgen des Bundesrats. Das Geld wird zur Bewältigung der Corona-Krise verwendet. Der grösste Teil entfällt auf Bürgschaften für Überbrückungskredite, Kurzarbeitsentschädigung, Erwerbbersatz, den Einkauf von Sanitätsmaterial und Unterstützung für die Luftfahrtindustrie. Differenzen zwischen National- und Ständerat gab es darüber, um wie viel aufgestockt werden soll. Die letzten Differenzen in den Bereichen Kinderbetreuung, Tourismus und Geschäftsmieten konnten am dritten Tag der Session bereinigt werden. Am heftigsten tobte die Debatte um die Staatshilfe für die Luftfahrt.

Kommentar: Die Diskussion über die Milliardenkredite zur Bewältigung der Corona-Krise war sehr wichtig. Gut, konnten wir eine Einigung finden, auch wenn ich bspw. bei der Luftfahrt gerne eine Verknüpfung mit Auflagen bevorzugt hätte.

Luftfahrt: Damit der Bund neben den Airlines Swiss und Edelweiss auch Unternehmen der Fracht- und Gepäckabwicklung, des Unterhalts und der Verpflegung an den Landesflughäfen unterstützen kann, braucht es eine neue gesetzliche Grundlage. Diese hat das Parlament geschaffen. Nach dem Ständerat nahm auch der Nationalrat in der Gesamtabstimmung die Revision des Luftfahrtgesetzes an - mit 133 zu 60 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Das Gesetz tritt bereit am Donnerstag, 7.5.2020 in Kraft, da beide Räte der Dringlichkeit zustimmten und das Gesetz in der Schlussabstimmung annahmen. Die Änderungen gelten - falls nicht erfolgreich ein Referendum dagegen ergriffen wird - ab dem 7. Mai 2020 bis zum 31. Dezember 2025. Nicht verankert darin sind strenge Klimaauflagen. Eine Links-Grüne Mehrheit scheiterte mit verschiedenen Anträgen.

Kommentar: Die Wissenschaft weist darauf hin, dass der Klimawandel wesentlich zum Ausbruch von Epidemien und Pandemien beitragen. Dass die Hilfe für die Flugbranche nicht an Klimaauflagen geknüpft wird, ist auch deshalb unverständlich.

Kitas: Die Räte haben sich geeinigt, Krippen und Kitas mit Bundesgeldern in Höhe von 65 Millionen Franken zu unterstützen. Auch die Grundlage dafür hat das Parlament verabschiedet. Damit steht der Hilfe nichts mehr im Weg. Der Nationalrat hat eine [Motion](#) seiner Kommission mit 121 zu 56 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen. Der Ständerat hatte bereits am Montag den Grundstein für eine Bundesbeteiligung an der Kita-Hilfe gelegt. Gemäss Berechnungen des Bundes betragen die Ertragsausfälle von Kitas und Krippen wegen der Corona-Pandemie rund 200 Millionen Franken. Für einen Drittel davon, also 65 Millionen Franken, soll nun der Bund aufkommen. Gegen die Hilfe stellte sich im Parlament nur die SVP.

Kommentar: Ich bin erleichtert, dass die KITAS als systemrelevante Institutionen finanziell unterstützt werden. Schade, konnte sich der Ständerat mit dem tieferen Beitrag (65 Millionen Franken) durchsetzen. Im Nationalrat hatten wir uns für 100 Millionen Franken ausgesprochen.



Geschäftsmieten: MieterInnen und VermieterInnen warten weiter auf ein klares Signal aus Bundesbern, was den Umgang mit Mieten für geschlossene Geschäfte betrifft. Das Parlament hat sich in dieser Frage nicht einigen können. Der Nationalrat schlug eine Pauschallösung vor, wonach BetreiberInnen von Restaurants und weiteren Geschäften ihrem Vermieter für die Dauer des Lockdowns grundsätzlich nur 30 Prozent der Miete schulden. Das geht dem Ständerat zu weit. Mit 23 zu 19 bei einer Enthaltung entschied er, nur MieterInnen zu entlasten, deren Bruttomiete maximal 8000 Franken beträgt. Für Betroffene sieht er eine Mietzinsreduktion für zwei Monate von je 5000 Franken vor. Die grosse Kammer wird erst in der Sommersession über die abgeänderte Motion befinden. Zwei Ordnungsanträge, die forderten, den Vorstoss noch am Mittwoch zu behandeln, scheiterten, einer nur knapp mit 101 zu 91 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Kommentar: Mit der Verschiebung des Entscheids lassen wir die Betroffenen, die nicht wissen, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen, im Ungewissen. Ich hätte mir eine klare Antwort gewünscht.

Die Moral eines Menschen ist zu beurteilen nach der Fähigkeit, welch grosses Opfer er zu bringen bereit ist, ohne dabei an eine Gegenleistung zu denken.

Konrad Lorenz

haltsbudgets. Die Fristverlängerung bei Zahlungsrückständen hätte den Mieterinnen und Mietern zu mehr Luft verschaffen.

Contact-Tracing-App: Das Parlament will, dass die Nutzung einer Corona-Tracing-App auf einer gesetzlichen Grundlage beruht und freiwillig sein muss. Zudem dürfen nur technische Lösungen zugelassen werden, die keine personenbezogenen Daten zentral speichern. Der Nationalrat stimmte einer [Motion](#) seiner Staatspolitischen Kommission mit 127 zu 55 Stimmen bei 11 Enthaltungen zu. Der Ständerat hatte am Montag einen gleichlautenden Vorstoss angenommen. Eine solche App - die App DP-3T, die von den beiden ETH mitentwickelt wird - soll bis zum 11. Mai fertiggestellt werden. Die Arbeiten seien bereits sehr weit fortgeschritten, wandte Gesundheitsminister Alain Berset sich gegen die Motion. Dabei seien ein hoher Schutz der Daten, die Dezentralität und die Freiwilligkeit bereits berücksichtigt. Die Motion sei unnötig.

Kommentar: Die App kann helfen, Infektionsketten nachzuvollziehen. Ich bin froh, dass die gesammelten Daten rasch wieder gelöscht werden müssen und dass wir alle selber entscheiden können, ob wir die App freiwillig nutzen wollen oder nicht. Und trotz allen Zusicherungen und Vorsichtsmassnahmen stehe ich einer solchen App skeptisch gegenüber: Datenklau, Datensammlung, Stigmatisierung. Und trotzdem als Ergänzung zu den Hygienemassnahmen und Abstandsregelungen allenfalls wirklich sehr sinnvoll.

Lehren: Das Parlament hat eine [Motion](#) überwiesen, die vom Bundesrat "eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten" fordert. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat dem Vorstoss zu. Der Bundesrat ist mit dem Anliegen

Fristen für MieterInnen: Der Nationalrat wollte die vom Bundesrat verlängerte Nachfrist zur Zahlung fälliger Mieten länger als geplant in Kraft lassen. Die Regel sollte bis am 13. September gelten, womit Mieterinnen und Mieter entlastet würden. Die grosse Kammer nahm eine entsprechende [Motion](#) ihrer Rechtskommission knapp an - mit 99 zu 85 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Der Ständerat lehnte die Motion ab, womit der Vorstoss vom Tisch ist.

Kommentar: Die Mieten sind ein gewichtiger Posten in den Haus-



einverstanden. Er sei bereit, die Erfahrungen aus der aktuellen Pandemie zu teilen und die notwendigen vertiefenden Grundlagen zu erarbeiten, sagte Innenminister Alain Berset. Prioritär sei die Beschaffung von in der Intensivmedizin benötigten Medikamenten, Gerätschaften und Schutzmitteln sowie der Ausbau der Testkapazitäten. Es sei aber zu früh, um abschliessende Schlüsse zu ziehen und bereits Verbesserungen für zukünftige Ereignisse implementieren zu können.

Kommentar: Die Schweiz erlebte noch nie eine Pandemie dieses Ausmasses. Es ist wichtig, dass wir möglichst rasch analysieren, welche Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise zielführend waren. Besonders am Herzen liegt mir die Standortbestimmung zu den Sozialversicherungen.

Forderung nach Waffenstillstand: Der Nationalrat fordert mit einer Erklärung alle Konfliktparteien rund um den Globus auf, sich unverzüglich an einem weltweiten Waffenstillstand zu beteiligen. Krieg und bewaffnete Konflikte würden den Schutz der Menschen vor dem Coronavirus und dessen Folgen zusätzlich erschweren, sagte Kommissionssprecher Fabian Molina (SP/ZH). Fast alle Parteien waren sich einig darin, dass ein Waffenstillstand nötig sei, damit die Corona-Pandemie und deren Folgen gemeistert werden können. Die Schweiz müsse sich mit der Weltgemeinschaft solidarisch zeigen, lautete der Tenor. Die SVP-Fraktion lehnte die Erklärung als einzige Partei ab. Es seien nicht nur schöne Worte, die Erklärung würde auch viele Gelder ins Ausland verschieben, sagte Fraktionssprecher Roland Büchel (SVP/SG). Ein Einzelantrag von Stefanie Heimgartner (SVP/AG) auf Ablehnung scheiterte mit 129 zu 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Kommentar: Dieser Waffenstillstand wäre für die leidenden Menschen in Kriegsgebieten sehr wichtig und würde zudem einen Beitrag zu einem möglichen Weltfrieden leisten.

Humanitäre Hilfe: Der Nationalrat fordert vom Bundesrat die Aufstockung der humanitären Hilfe um 100 Millionen Franken. Er hat eine Motion seiner Aussenpolitischen Kommission unterstützt. Der Bundesrat ist einverstanden - und ist schon weitergegangen. Er entschied vergangene Woche, zusätzlich 400 Millionen Franken einzusetzen, um die Folgen der Pandemie zu mildern. Die APK-Motion war vor dieser Entscheidung eingereicht worden.

Kommentar: Am verheerendsten sind die Folgen der Corona-Krise für Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Aufstockung der humanitären Hilfe ist deshalb unabdingbar. Weitere Gedanken zu dieser Thematik sind auf meiner [Internetseite](#) zu finden.

Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Sondersession:

- [20.3233](#) Corona-Pandemie: Hilfe für Sexarbeitende (Interpellation)
- [20.3231](#) Nationales Programm: Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen (Motion)
- [20.3229](#) Harmonisierung und Vereinheitlichung der Sozialhilfe (Interpellation)
- [20.1007](#) Zusammensetzung Gutachtenkommission (Anfrage)